

Landtag Nordrhein-Westfalen
Ausschuss für Wirtschaft, Energie
und Landesplanung (A 18)
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Ansprechpartnerin: Dr. Katharina Reuter
reuter@bnw-bundesverband.de
Telefon: 030 - 325 99 683

5.1.2022

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW e.V.) setzt sich als unabhängiger Unternehmensverband seit 1992 für Umwelt- und Klimaschutz ein. Der BNW steht für mehr als 100.000 Arbeitsplätze und die 500 Mitgliedsunternehmen sind Vorreiter für nachhaltiges Wirtschaften. Über seinen europäischen Dachverband Ecopreneur.eu bezieht der Verein auch in Brüssel Stellung.

Stellungnahme zur Anhörung von Sachverständigen durch den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung im Landtag NRW zum Antrag „Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen“ der SPD-Fraktion

Drucksache 17/15255

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Vorsitzender Fortmeier,
sehr geehrte Damen und Herren,

der BNW steht für eine Abkehr von linearen Geschäftsmodellen und für die konsequente Umsetzung von ambitionierten Strategien für die Kreislaufwirtschaft. Der Aufbau einer zirkulären Wirtschaft schützt Klima und Umwelt, reduziert die Abhängigkeit von Rohstoffimporten, schafft neue und sichere Arbeitsplätze und sichert so langfristig unseren Wohlstand. Was auf Bundesebene zur Förderung der Kreislaufwirtschaft zu tun ist, hat der BNW in seinem 10-Punkte-Plan gemeinsam mit dem BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. formuliert¹.

Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft begrüßt daher den Antrag der SPD-Landtagsfraktion, um die Potenziale der zirkulären Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen voll auszuschöpfen, benennt aber auch einige Handlungsfelder, die noch zu stärken sind (u.a. Recycling, Mehrfachnutzung, Produktgestaltung, KMU-Förderung).

¹ 10-Punkte-Plan für Kreislaufwirtschaft von BNW und BDE (2021): <https://www.bnw-bundesverband.de/blog/2021/04/27/10-punkte-plan-fuer-kreislaufwirtschaft-bnw-bde/>

I. Bewertung und Stellungnahme

a. Erarbeitung einer Rohstoffstrategie für NRW

Der BNW begrüßt den Vorschlag, eine umfassende Rohstoffstrategie für NRW zu erarbeiten. Der wirtschaftliche Mehrwert einer effizienten Nutzung von Rohstoffen und die damit einhergehende Reduktion von Rohstoffimporten ist offenkundig und spätestens durch die Coronapandemie bedingten Lieferengpässe augenscheinlich.

Die Rohstoffstudie NRW des RWI-Leibniz Institut² zeigt auf, dass zwar bei Nichtmetallen (Steine und Erden wie Kies und Sand) ein Ausfuhrüberschuss besteht. Viele Schlüssel-Rohstoffe für die Wirtschaft in NRW sind allerdings risikobehaftet, u.a. seltene Erden, Batterierohstoffe, Titan oder Zink. Ein zentrales Ergebnis der Rohstoffstudie ist die steigende Bedeutung von Sekundärrohstoffen – und damit auch der Kreislaufwirtschaft. Gerade für die Rohstoffe, die die nordrhein-westfälischen Schlüsselindustrien benötigen, sind laut Rohstoffstudie die Substitutions- und Recyclingquoten derzeit noch gering. Potenziale für Sekundärrohstoffe durch:

- Recycling von End-of-Life-Produkten
- Verluste von Rohstoffen durch die Entwicklung effizienter Kreislaufsysteme und die Eindämmung von Schrottexporten verringern
- recyclinggerechtes Produktdesign
- Ausweitung der Sammlung von Recyclingmaterialien
- Verbesserung der Recyclingtechnologien
- Ausbau von Recyclingkapazitäten

Dabei ist es aus Sicht des BNW zentral, dass in der Rohstoffstrategie nicht nur wirtschaftspolitische Interessen in den Blickpunkt genommen werden, sondern klima-, umwelt- und entwicklungspolitische Faktoren die Basis bilden und darüber hinaus auch Aspekte der Ressourcenschutzes Berücksichtigung finden. Dafür sollten entsprechende wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure in die Erarbeitung der Rohstoffstrategie eingebunden werden

NRW ist das bundesweite Zentrum von Unternehmen der Kreislaufwirtschaft. Es ist Sitz zahlreicher marktführender privater Entsorgungsunternehmen, u.a. Lobbe und Remondis, aber auch fast aller Systemanbieter – DSD, Interseroh, Reclay etc – und wichtiger Kommunalunternehmen. Die Verbände der Entsorgungswirtschaft wurden alle in NRW gegründet und sitzen zum Teil heute noch dort (ITAD, BDSV). NRW ist auch ein starker Industriestandort. Daher ist dieses Bundesland wie kein anderes geeignet und aufgerufen, die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft von der Abfallwirtschaftspolitik zur Produktpolitik politisch zu begleiten und zu fördern. Entsprechende Partnerschaften zwischen Industrieunternehmen und Entsorgern mit dem Ziel einer verbesserten Kreislaufführung bestimmter Stoffströme, einer Vermeidung von Abfällen und einer erhöhten Ressourceneffizienz können und sollten im Mittelpunkt einer Kreislaufwirtschaftsstrategie und einer zielgerichteten Förderung des Landes NRW stehen.

² Rohstoffstudie NRW und Fact Sheets - Die künftige Rohstoffversorgung der NRW-Industrie und Schritte auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft, veröffentlicht 4.1.2022:
https://www.wirtschaft.nrw/sites/default/files/asset/document/rohstoffstudie_nrw_-_studie_und_fact_sheets.pdf

b. Recycling

Dass der Wiedereinsatz von Rohstoffen Ressourcen einspart und dabei das Klima schont ist durch eine Vielzahl von Studien belegt (u.a. Ellen McArthur 9/2019). Bezogen auf die Herstellung von Plastik erfolgt dies in doppelter Hinsicht: zum einen werden Grundstoffe eingespart (z.B. Rohöl) und zum anderen erfordert das Recycling weniger Energie als die Herstellung von Neuware. Die positiven Einspareffekte durch eine konsequente Circular Economy können wesentlich dazu beitragen, die Ziele des Pariser Klimavertrages zu erfüllen. Außerdem nehmen Verbraucher:innen zunehmend Umweltaspekte in ihre Kaufentscheidung auf (GfK 2019). Plastik und Klima werden als wichtigste Bedrohungen genannt – und zwar europaweit. Kunststoffprodukte sollten aus Recyclingrohstoffen hergestellt werden können, keine giftigen oder schädlichen Stoffe enthalten, dem Lebensmittelanbau keine Konkurrenz machen und sie müssen vollständig hochwertig (= Closed Loop) recyclingfähig sein.

Der Gradmesser für nachhaltige zirkuläre Lösungen muss immer auch der Energieaufwand sein. Dabei schneidet das chemische Recycling für Kunststoffe schlecht ab – mit enormen Energieaufwendungen werden die Polymerketten aufgebrochen³. Demgegenüber leistet das mechanische Recycling von Kunststoffen eine substantielle CO₂-Minderung gegenüber der Herstellung von Neuware. Das mechanische Recycling ist zudem verfügbar, ressourceneffizienter und skalierbar. Die Ertüchtigung dieser Verfahren sollte daher im Vordergrund des politischen Handelns stehen – auch in NRW. Hoher Energieverbrauch darf nicht subventioniert werden, wenn alternative Technologien mit geringem Energieverbrauch zur Verfügung stehen. Der europäische Dachverband des BNW, Ecopreneur.eu, legt in seiner Stellungnahme dar, unter welchen Bedingungen die Entwicklung des chemischen Recyclings zu unterstützen wäre. Etwa dann, wenn es netto kohlenstoffpositiv ist, für ansonsten nicht verwertbare Rückstände verwendet wird, zu Kosten, die die Abfallhierarchie widerspiegeln und ergänzt durch gleichwertige Unterstützung für KMU bei der Kreislaufgestaltung⁴.

Weitergehende Ansätze wären über den bisherigen Stand des Wissens hinaus Strategien für längerlebige und mehrfach verwendbare Produkte (Design for Reusing sowie Design for Circularity).

c. Masterplan zirkuläre Wirtschaft

Der BNW befürwortet die Erarbeitung eines Masterplans zur Förderung der zirkulären Wirtschaft in NRW. Dieser sollte mit der geplanten Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie ineinandergreifen.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens sollte dabei eine Strategie entwickeln, die Anreize für hochwertiges Recycling oder besser noch die Mehrfachnutzung von Produkten (entsprechend den neun Re-Strategien) schafft und eine Infrastruktur etabliert, die Unternehmensgründungen und Innovationen im Bereich der Kreislaufwirtschaft attraktiv gestaltet. Darüber hinaus sollten schärfere Nachhaltigkeitskriterien in der öffentlichen Beschaffung und Anreizmechanismen zur gemeinschaftlichen Nutzung von Produkten Teil des Masterplans auf Landesebene sein.

³ <https://zerowasteurope.eu/library/understanding-the-environmental-impacts-of-chemical-recycling-ten-concerns-with-existing-life-cycle-assessments/>

⁴ Ecopreneur.eu, Bedingungen für das chemische Recycling, 12/2021: <https://ecopreneur.eu/2021/12/14/6-conditions-for-chemical-recycling/>

Der BNW regt an, Start-ups und KMU verstärkt zu fördern, die sich in diesen Märkten - auch auf lokaler oder regionaler Ebene - innovativ betätigen wollen.

Entsprechend des Antrags der SPD-Fraktion befürwortet der BNW die explizite Einbindung von Forschung, Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltverbänden bei der Erarbeitung des Masterplans. Darüber hinaus sollten Verbraucherschutzorganisationen einbezogen werden, um die Rolle der Verbraucher:innen entsprechend abzubilden. Bei der Erfassung, Sammlung und Sortierung spielen kommunale Betriebe und das kommunale Abfallsatzungsrecht eine wichtige Rolle. Deshalb sind diese schon in der Konzeptphase miteinbezogen werden.

Die Erarbeitung sollte auf Minister:innen- oder Staatssekretär:innenebene angesiedelt werden, um die politische Relevanz der Förderung der zirkulären Wirtschaft in NRW deutlich zu machen. Essenziell ist die Entwicklung eines umfassenden Controllingsystems zur Zieldefinition und Steuerung des Plans.

d. Einrichtung eines Kompetenzzentrums Zirkuläre Wirtschaft

Der BNW unterstützt mit Nachdruck die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Zirkuläre Wirtschaft. So kann eine Plattform geschaffen werden, in der Interessensgruppen zusammengeführt, Synergien geschaffen und Innovationen gefördert werden. Unternehmer:innen, Akteure aus der Wissenschaft und Zivilgesellschaft, aber auch Initiativen wie „Circular Valley Wuppertal“ oder der Circular Hub West des Bundesverbands Nachhaltige Wirtschaft, bekommen so die Möglichkeit, sich auszutauschen, untereinander zu vernetzen und gebündelt in Erscheinung zu treten.

e. Unterstützung bei der öffentlichen Auftragsvergabe an die zirkuläre Wirtschaft

Die öffentliche Beschaffung ist mit ihren bundesweit jährlich rund 500 Mrd. Euro ein zentraler Hebel bei der Transformation der Wirtschaft.⁵ Dennoch hat der Bundesrechnungshof etwa für den Bund festgestellt, dass bei jeder zweiten Vergabeentscheidung Nachhaltigkeit nicht angemessen berücksichtigt wird.⁶ Insofern unterstützt der BNW die Forderung, dass Kommunen bei der öffentlichen Auftragsvergabe an Unternehmen mit zirkulären Wertschöpfungsansätzen mit zusätzlichen Landesmitteln unterstützt werden sollen.

Darüber hinaus sollten aber gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, um bei öffentlichen Ausschreibungen Produkte, die im Recycling-Design beziehungsweise von der Circular Economy hergestellt werden, ausdrücklich bevorzugt werden – auch ohne finanzielle Förderung von Kommunen. Insbesondere im Baubereich ist die öffentliche Hand als Bauherr von zentraler Bedeutung für das Umsteuern von Primärmaterialien auf Recyclingmaterialien.

⁵ Umweltbundesamt. 2022. Warum umweltfreundlich beschaffen? <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/umweltfreundliche-beschaffung> (zuletzt abgerufen am 04.01.2022).

⁶ Bundesrechnungshof. 2021. Nachhaltigkeit kommt in der Verwaltungspraxis nur schleppend voran. <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/beratungsberichte/2021/nachhaltigkeit-kommt-in-der-verwaltungspraxis-nur-schleppend-voran> (zuletzt abgerufen am 04.01.2022).



Die Bundesregierung plant, die öffentliche Beschaffung und Vergabe wirtschaftlich, sozial, ökologisch und innovativ auszurichten. Darüber hinaus wird auch ein System zur Berechnung von Klima- und Umweltkosten erarbeitet – auch das bietet Anreize für zirkuläre Produkte und Geschäftsmodelle.

Das bisherige Regelwerk zur Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in der öffentlichen Beschaffung hat nicht die erhoffte Wirkung erzielt. Es muss daher nachgeschärft werden, um die massiven Potenziale endlich zu heben. Zu berücksichtigen ist aber auch die dringend erforderliche entsprechende Qualifizierung des Personals und stellenmäßige Ausstattung der Beschaffungsbehörden. Für die die Erfolgsmessung sollte das Statistische Landesamt Nordrhein-Westfalen mindestens jährlich einen Überblick über die Nachhaltigkeit der öffentlichen Beschaffung geben. Die Landesregierung sollte sich mit Nachdruck für ein Recyclinglabel auf Bundesebene einsetzen.

f. Aus- und Weiterbildungspläne

Der Fachkräftemangel in Deutschland ist allgegenwärtig und in nahezu allen Branchen spürbar. Der BNW begrüßt deshalb die Forderung, Aus- und Weiterbildungspläne mit Gewerkschaften und der Kreislaufwirtschaft zu entwickeln und umzusetzen.

Die Kreislaufwirtschaft bietet neue Chancen für den Arbeitsmarkt, national schätzt die Green Alliance das Potenzial auf mehr als 280.000 Arbeitsplätzen. Es bedarf aber auch der passenden Qualifikationen. Durch Aus- und Weiterbildungen muss die Landespolitik die Grundlagen dafür schaffen, dass neue Perspektiven für Arbeitnehmer:innen geschaffen und Unternehmen bei der Suche nach qualifiziertem Personal unterstützt werden. Das Fundament für Fachkräfte wird bereits in der Schule gelegt, daher muss das Thema Kreislaufwirtschaft in den Lehrplänen verankert werden. Die Projekte des BNW im Bereich BBNE (Berufliche Bildung für Nachhaltige Entwicklung) zeigen, dass die nachhaltige Arbeitswelt weder in der Berufsorientierung noch in den Ausbildungsordnungen einen großen Stellenwert einnimmt. Mit Blick auf die kommenden Herausforderungen ist das eine vertane Chance. Der Fachkräftemangel verlangsamt hier die notwendige Transformation (BNW 2021⁷).

II. Abschließende Bemerkungen

Der BNW unterstützt den Vorstoß, den Aufbau der zirkulären Wirtschaft in NRW zu forcieren. Der vorliegende Antrag der SPD-Landtagsfraktion beinhaltet wichtige Punkte, die die zirkuläre Wirtschaft in NRW fördern können: Die Erarbeitung einer Rohstoffstrategie und eines Masterplans zirkuläre Wirtschaft, die Errichtung eines Kompetenzzentrum Zirkuläre Wirtschaft, die Berücksichtigung der Ressourcenschonung und der Nachhaltigkeit sowie der Kreislaufwirtschaft bis hin zur Circular Economy in der öffentlichen Beschaffung und die entsprechende Qualifizierung von Arbeitnehmer:innen. Insofern begrüßt der BNW den Antrag der SPD-Landtagsfraktion.

Verbesserungspotenziale sieht der BNW vor allem in der Stärkung des (mechanischen) Recyclings und der Etablierung von Systemen zur Mehrfachnutzung sowie in der stärkeren Verzahnung mit der Gesetzgebung auf anderen Ebenen. Die Förderung von Startups und KMU in diesen Märkten darf nicht

⁷ <https://www.bnw-bundesverband.de/blog/2021/11/16/bnw-jahrestagung-2021-der-fachkraeftemangel-verlangsamt-den-transformatiionsprozess/>



BNW

Bundesverband
Nachhaltige
Wirtschaft e.V.

BNW e.V. | Unterbaumstraße 4 | 10117 Berlin

vergessen werden. Nicht nur die EU, auch die Bundesregierung gibt hier neue Anstöße, etwa mit der „Nationalen Kreislaufstrategie“ und der Einführung eines Recycling-Labels. Der BNW empfiehlt daher der Landesregierung Nordrhein-Westfalens, die Förderung der zirkulären Wirtschaft auf europäischer Ebene und vor allem auf Bundesebene – etwa über den Bundesrat – aktiv mitzugestalten und dabei weitergehende Maßnahmen einzufordern. So braucht es etwa eine nationale Plastikstrategie, weitergehende gesetzliche Regelungen für Design for Recycling und Design for Reusing, die Einwegprodukte-Recyclingpflicht und die Abschaffung kontraproduktiver Subventionen, wie etwa die Befreiung der Plastikherstellung in Deutschland von der EEG-Umlage sowie der Mineralölsteuer.

Mit einer ganzheitlichen Sicht auf die oben genannten Handlungsfelder wird die Landesregierung die Wirtschaft in NRW bei der Umsetzung einer konsequenten Kreislaufwirtschaft erfolgreich begleiten, die regionalen Wirtschaftsstrukturen stärken und insgesamt die ökologische Transformation der Unternehmen unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Katharina Reuter

Geschäftsführerin, BNW Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.